



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER**

**Karsten Klein (FDP)
Stellv. Fraktionsvorsitzender**

**Erthalstraße 14
63739 Aschaffenburg**

**Tel.: 06021 / 920 70 60
Fax: 06021 / 920 79 62**

**Mobil: 0173 522 0 226
karsten.klein@fdp-fraktion-bayern.de**

Mittwoch, den 28. März 2012

Wir setzen uns für die Bürger am Bayerischen Untermain ein

Als Ihr Landtagsabgeordneter habe ich mich von Beginn an der Problematik der vermehrten Fluglärmbelastung durch die Inbetriebnahme der Nordwest-Landebahn des Flughafens Frankfurt am Main angenommen und Sie bereits Ende Januar in einer Stellungnahme über meine Position informiert.

Was haben wir getan?

- Sowohl im Schriftverkehr mit dem Wirtschaftsministerium als auch in persönlichen Gesprächen mit der Deutschen Flugsicherung habe ich mich seit Ende letzten Jahres für die Belange der betroffenen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.
- Am 27. Februar 2012 folgten Wirtschaftsminister, Martin Zeil (FDP), die Landtagskollegen der CSU und Vertreter der Bürgerinitiative meiner Einladung zu einer gemeinsamen Erörterung der Lärmsituation am Bayerischen Untermain. (Artikel im Main-Echo vom 29.02.12).

- Die Flugrouten werden durch die Deutsche Flugsicherung nach objektiven Kriterien festgelegt. Dabei wird zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm durch fachlich unabhängige Planung der Flugverfahren, Untersuchung der von möglichen Flugrouten betroffenen Bevölkerungszahl, Einbindung der Fluglärmkommission und lärmfachtechnische Bewertung durch das Umweltbundesamt Rechnung getragen.

Was ist passiert?

- Es werden nun Messungen an den Standorten Markt Mömbris, in der Stadt Alzenau und in der Gemeinde Johannesberg durchgeführt. Dabei wurde auch die Unterstützung des Fluglärmschutzbeauftragten für Nordbayern seitens des Bayerischen Wirtschaftsministeriums dem Landkreis Aschaffenburg angeboten.
- Ein Ergebnis unseres gemeinsamen Gesprächs Ende Februar war, dass die Bayerische Staatsregierung in Vertretung des Wirtschaftsministeriums darum bemüht ist, einen eigenen Platz in der Fluglärmkommission zu erhalten. Bisher ist die bayerische Seite hier durch den betroffenen Landkreis Aschaffenburg vertreten.
- Ab August 2012 sollen die Anflughöhen um ca. 300 Meter angehoben werden, was den Lärm in den betroffenen Gebieten reduziert. Zudem werden verschiedene Gleitflugverfahren auf Ihre Effektivität und Einsetzbarkeit erprobt.

Die bereits erfolgten Maßnahmen sind wichtig, um mehr Transparenz und Objektivität in die Diskussion um die Fluglärmbelastung zu bekommen.

Wie muss weiter gehandelt werden?

- Als nächste Schritte müssen die Ergebnisse der Messpunkte ausgewertet werden, um anschließend entsprechend handeln zu können.
- Eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz existiert nicht. Sobald dies der Fall sein sollte, werden wir diese inhaltlich prüfen. Nach den uns vorliegenden

Informationen zielen die Ideen für eine Initiative jedoch auf eine Verbesserung der Situation bezüglich des Themas Nachtflug ab. Zu diesem läuft derzeit das gerichtliche Verfahren.

- Bei dem geforderten Nachtflugverbot handelt es sich um ein laufendes gerichtliches Verfahren, was in letzter Instanz vom Bundesverwaltungsgericht entschieden wird. Die gerichtliche Entscheidung ist dementsprechend umzusetzen.

Was beabsichtigt die Opposition?

- Die Staatsregierung war und ist auf Grund der Initiativen von FDP und CSU aktiv. Auch durch unser gemeinsames Gespräch mit Wirtschaftsminister Zeil konnte das Vorgehen noch weiter intensiviert werden. Der Bayerische Wirtschaftsminister Zeil befindet sich in persönlichen Kontakt mit seinem hessischen Amtskollegen Posch. Die Staatsregierung bringt sich demnach bereits aktiv für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein.
- Das gerichtliche Verfahren zum Nachtflugverbot wird Anfang April abgeschlossen sein (was Voraussetzung für eine Bewertung darstellt). Einflussmöglichkeiten auf das gerichtliche Verfahren haben wir nicht.
- Die Forderung nach Anschluss an eine Bundesratsinitiative ist aktuell nicht sachlich, da eine solche nicht existiert. Zu gegebener Zeit wird darüber zu entscheiden sein.

Aus diesen sachlichen Gründen habe ich die Anträge der Opposition abgelehnt.

Die Anliegen der betroffenen Bürger sind mir besonders wichtig. Als Teil der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main besitzt der Bayerische Untermain durch das internationale Flugdrehkreuz aber auch eine enorme wirtschaftliche Attraktivität. Für beides werde mich weiterhin einsetzen!